

„Planungsprozess nicht ergebnisoffen“

FDP-Vorsitzender kritisiert Windenergie-Votum

WILLINGEN. Heftige Kritik an der aktuellen Entscheidung des Haupt- und Planungsausschusses, die künftigen Flächen für Windenergie im Regierungsbezirk Nordhessen einstimmig durchzuwinken, äußert FDP-Kreisvorsitzender Dieter Schütz.

„Die vielen tausend Einwendungen der Bürger wurden nicht ausreichend abgearbeitet“, sagt er und kündigt an:

„Die Abstimmung in der Regionalversammlung am 7. Oktober wird ganz sicher nicht einstimmig sein.“ Schütz selbst sitzt für die Freien Demokraten in der Regionalversammlung, nicht aber im besagten Ausschuss. Er werde den Genehmigungsentwurf zum Teilregionalplan Energie ablehnen.

Im Gegensatz zu früheren regionalplanerischen Ent-

scheidungen seien die Bürger dieses Mal auf Informationen, Gutachten und Stellungnahmen aus dem Internet angewiesen gewesen. „Ihre eigenen Einwendungen können sie dort nachlesen, auf Antwort warten sie aber zumeist noch immer“, bewertet der FDP-Kommunalpolitiker negativ.

Eine angemessene individuelle Behandlung von Einsprüchen der Bürger habe nicht stattgefunden: „Dieser Planungsprozess war an keiner Stelle ergebnisoffen, Kommunen und Bürger, die Einwände vorgetragen haben, fühlen sich verschaukelt.“

Zu Beginn der Initiative um die erneuerbaren Energien sei das Ziel ausgegeben worden, die Menschen einzubinden, um eine gemeinsame und in angemessenen Zeiträumen umzusetzende Änderung der Energiepolitik herbeizuführen. Dieses Ziel ist, so Schütz, „vollkommen in Vergessenheit geraten“. (r)



Dieter Schütz

Foto: Archiv

Moratorium statt Ausbau

Bürgerinitiative gegen Windräder sieht Naherholungsgebiete in Gefahr

KORBACH. Nachdem das Regierungspräsidium (RP) Kassel am Montag die künftigen Vorrangflächen für Windkraftanlagen bekannt gegeben hat, sieht die Korbacher Bürgerinitiative gegen Windräder endgültig Naherholungsgebiete in der Region in Gefahr. Bei einer Umsetzung der Pläne könnten in den Gebieten „Welsches Lied/Wipperberg“ sowie im „Hohen Rade“ schätzungsweise 20 bis 25 Windkraftanlagen (WKA) entstehen, befürchtet Vorstandsmitglied Reinhard Seifahrt (Lelbach).

Reines Wunschdenken

Die Vorstellung der Windkraftbefürworter, mit diesen Anlagen zehntausende Haushalte mit Strom versorgen zu können, sei reines Wunschdenken. Bei einer Flaute lasse sich mit Windstrom nicht ein einziger Haushalt versorgen. Es müssten konventionelle Kraftwerke einspringen – Anlagen, die jederzeit bereitstehen und eingesetzt werden können.

Die etwa 26000 WKA, so Seifahrt weiter, die derzeit in

Deutschland betrieben würden, sparten letztlich auch kein CO₂ ein, was sowohl an der Sicherung der Grundlast durch Kohlekraftwerke als auch am europaweiten CO₂-Zertifikate-Handel liege. Dieser Handel führe dazu, dass jede Tonne CO₂, die in Deutschland eingespart wird, an anderer Stelle in Europa in die Luft gepustet werde.

„Eine Überproduktion von Wind- und Sonnenstrom an guten Wind- und Sonnentagen führt zum einen zum Preisverfall an der Strombörse in Leipzig, was wegen der festen und garantierten Einspeisevergütungen zu höheren Subventionszahlungen an die Produzenten von grünem Stromproduzenten führt. Zum anderen wird unser Überschussstrom zu Dumping-Preisen ins Ausland verkauft – immer öfter sogar zu Negativpreisen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der BI. 2015 seien das 4700 Gigawattstunden gegen eine Gebühr von 45 Millionen Euro gewesen.

In zunehmendem Maße würden zusätzlich bei Über-

produktion von grünem Strom einzelne Windparks vom Netz genommen.

Kunden zahlen Subvention

Die Ausgleichszahlungen hätten sich in 2015 auf 200 Millionen Euro belaufen. Eine Milliarde Euro wurden laut Seifahrt im selben Jahr aufgewendet, um das Stromnetz vor einem möglichen Blackout zu schützen. Die Subventionierung des grünen Stroms koste zur Zeit jährlich etwa 24 Milliarden Euro – diese Summe sei aber an der Börse nur einen Bruchteil dessen wert (etwa 1,5 bis zwei Milliarden Euro).

Alle diese Zahlungen müssten die Verbraucher über ihre Stromrechnungen begleichen. Jedes weitere Windrad verschärfe diese Situation. „Statt sinnlos mit Milliarden Euro Windkraftanlagen zu subventionieren, wäre ein Moratorium beim Windkraftausbau absolut notwendig, bis großtechnische Speichermöglichkeiten vorhanden sind“, fordert Seifahrt. Ohne solche Speicher ergebe Windkraftnutzung keinen Sinn. (r)